

## INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungsverzeichnis.....	12
A. EINLEITUNG .....	13
1. Die Relevanz des europäischen Politikfeldes Kartell- und Wettbewerbspolitik.....	13
2. Zeitliche, thematische und methodische Eingrenzung.....	19
a. Zwischen Messina und Straßburg – zeitliche Eingrenzung .....	19
b. Thematische Eingrenzung .....	20
c. Theoriegeleitete Analyse – methodische Eingrenzung.....	22
3. Forschungsstand und Quellenlage .....	25
a. Forschungsstand .....	25
b. Quellenlage und Vorgehensweise.....	31
B. THEORETISCHER TEIL.....	34
1. Methodik und wissenschaftstheoretischer Ansatz.....	34
a. Theorie als Mittel – wissenschaftstheoretische Verortung.....	34
b. Die verhaltenstheoretischen Grundannahmen der Ökonomik – der ‚homo oeconomicus‘ als Idealtyp .....	36
2. Theorien Europäischer Integration – interessengelenkte Zusammenarbeit von Nationalstaaten .....	44
3. Der Liberale Intergouvernementalismus als Erklärungsansatz interessengeleiteter Kooperation von Staaten .....	49
a. Das Grundmodell von Moravcsik .....	49
b. Die Nachfrageseite – die nationale Präferenzenformulierung .....	52
c. Die Angebotsseite – die internationalen Verhandlungen.....	55
d. Die Institutionenwahl – die Sicherung der Einigung .....	59
e. Der Liberale Intergouvernementalismus – ein tragfähiges Erklärungsmodell .....	62
f. Zusammenfassung und kritische Aneignung.....	69
4. Wettbewerbstheorie und Wettbewerbspolitik.....	75
a. Definition und Funktionen von Wettbewerb .....	75
b. Wirtschaftspolitik zur Sicherung des Wettbewerbs – Leitbilder und Ziele.....	78
c. Konzepte und Instrumente der Wettbewerbspolitik .....	87
5. Zusammenfassung.....	93

C. DIE NATIONALE UND INTERNATIONALE WETTBEWERBS- UND KARTELLPOLITIK – TRADITIONEN UND ENTWICKLUNGEN BIS MITTE DER 1950ER JAHRE .....	97
1. Die nationale Wettbewerbs- und Kartellpolitik der sechs Vertrags- staaten als Basis nationaler Präferenzen.....	97
a. Bundesrepublik Deutschland.....	100
b. Frankreich.....	118
c. Niederlande .....	130
d. Italien.....	141
e. Belgien .....	148
f. Luxemburg .....	153
2. Der sektorbeschränkte Ansatz einer Kartellpolitik im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl .....	154
3. Schlussfolgerungen für eine gemeinsame, europäische Wettbewerbs- und Kartellpolitik .....	162
D. DIE VERTIEFUNG DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION – DAS PROBLEM DER UNGLEICHEN PRÄFERENZEN FÜR EINE WETTBEWERBSPOLITIK (1955–1957) .....	168
1. Politische und wirtschaftliche Präferenzen zur Ausdehnung der Zusammenarbeit.....	168
a. Die nationalen Präferenzen für den Ausbau der Kooperation in Westeuropa .....	168
b. Westdeutsche Position zwischen politischen und wirtschaftlichen Interessen.....	173
c. Die schwachen wirtschaftspolitischen Präferenzen Italiens und die Zurückhaltung Frankreichs.....	180
d. Die Relance Européenne am Südzipfel Europas.....	182
2. „Normale Wettbewerbsbedingungen“ für den Gemeinsamen Markt – die Basis des Spaak-Berichts.....	185
a. Sondierung der Kooperationsmöglichkeiten auf fachlich- theoretischer Ebene .....	185
b. Prüfungen des Kooperationswillens auf politischer Ebene.....	191
c. Ergebnis durch größere Unabhängigkeit der Beratungen von nationalen Präferenzen .....	194
d. Reaktionen auf den Spaak-Bericht als Grundlage von Verhandlungen.....	201
3. Die Einigung auf Grundsätze einer europäischen Wettbewerbsordnung im EWG-Vertrag .....	208
a. Positionierungen vor Verhandlungsbeginn.....	208
b. Die erste Lesung der Wettbewerbsartikel – grundsätzliche Einigung.....	215

c. Die wettbewerbspolitischen Verhandlungspositionen – Uneinigkeiten im Detail .....	223
d. Der Diskriminierungsgrundsatz und die Behandlung von Kartellen und Monopolen.....	229
e. Die Veränderung des Kooperationswerts angesichts weltpolitischer Unsicherheit.....	235
f. Festschreibung der Grundsätze im Vertrag .....	244
g. Die Ratifizierung der Verträge – Verhandlungsergebnisse und nationale Präferenzen .....	250
4. Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner? .....	259
a. Übereinstimmung auf der konstitutionellen Ebene.....	259
b. Präferenzen, Verhandlungsmacht und Handlungsautonomie der Regierungen .....	261
c. Die Einigung auf wettbewerbspolitische Grundsätze .....	270
E. DAS „VORBEREITUNGSSTADIUM“ – DIE ANSTRENGUNGEN DER GENERALDIREKTION IV FÜR DIE ANWENDUNG DER GRUNDSÄTZE (1958–1960) .....	276
1. Die Generaldirektion IV als Teil der Kommission.....	276
a. Die Europäische Kommission – Kollegialorgan und Verwaltungsapparat .....	276
b. Die erste Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft .....	280
c. Die Generaldirektion IV: Wettbewerbspolitik zwischen Aufbau und Aufbruch.....	287
2. Beginn der Arbeit der GDIV – die nationalen Voraussetzungen für die Umsetzung von Artikel 88 und 89 .....	290
a. Die Ausgangslage für eine gemeinschaftliche Wettbewerbspolitik.....	290
b. Die Ausübung der Vertragskontrollfunktion durch die Kommission.....	293
3. Die Kartellsachverständigenkonferenzen – Institutionalisierung der Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten.....	298
4. Die gemeinsame Auslegung der Wettbewerbsartikel mit den Sachverständigen der Regierungen .....	302
a. Die Rechtsnatur der Artikel 85 und 86 – Programm oder gültiges Recht? .....	302
b. Festlegung einer gemeinsamen Rechtsauffassung .....	305
c. Auslegung des Artikels 89 – Versuch der Kompetenzerweiterung durch Vertragsauslegung .....	313
5. Erste Ansätze gemeinschaftlicher Wettbewerbspolitik .....	316
a. Die Arbeitsmethode und das Arbeitsprogramm .....	316

b. Informationsbeschaffung der Kommission durch eine Kartelldokumentation .....	318
c. Dokumentation über marktbeherrschende Unternehmen – der Gleichbehandlungsgrundsatz .....	325
d. Die Arbeitsmethode der gegenseitigen Konsultation in der Praxis.....	329
6. Das Ende des „Vorbereitungsstadiums“? – die fünf Grundsätze der Europäischen Wettbewerbspolitik.....	330
a. Erfolge und Schwierigkeiten von zwei Jahren Vorbereitungsarbeit .....	330
b. Fünf Grundsätze als Basis zukünftiger Wettbewerbspolitik .....	336
F. DIE FORTSETZUNG DER PRÄFERENZANNÄHERUNG MIT ANDEREN MITTELN – EUROPÄISCHE WETTBEWERBSPOLITIK DURCH DELEGATION? (1960–1962).....	341
1. Die Anwendung von Artikel 87 – die Kommissionsinitiative für eine Verordnung.....	341
a. Die neue Richtung der Generaldirektion IV – Umsetzung von Artikel 87 .....	341
b. Erarbeitung eines Kommissionsentwurfs – Rücksichtnahme auf nationale Präferenzen .....	347
2. Die Mitgliedstaaten im institutionalisierten Rechtsetzungsprozess .....	358
a. Der nichtabstimmungsfähige Kommissionsvorschlag .....	358
b. Auf drei Wegen zu einer Einigung .....	367
3. Ergänzung, Veränderung und Bestätigung – Einflüsse auf den Kommissionsentwurf.....	374
a. Die gespaltene Meinung des Wirtschafts- und Sozialausschuss .....	374
b. Die Annäherung der Sachverständigen – Ausweg aus der Sackgasse .....	379
c. Unterstützung und Ergänzung des Kommissionsvorschlags durch nationale Abgeordnete.....	388
4. Entscheidung im Rat? – Lösung des Knotens durch Themenverknüpfung .....	393
a. Die Verknüpfung von Wettbewerbs- und Agrarmarktordnung durch die deutsche Regierung .....	393
b. Kompromissangebote der italienischen Regierung isolieren die Franzosen.....	398
c. Die Einigung auf einen Kompromiss – die Verordnung Nr. 17 .....	405
5. Das Ergebnis – Delegation der europäischen Wettbewerbspolitik an die Kommission.....	408

G. DIE SCHAFFUNG DER GEMEINSAMEN KARTELL- UND WETTBEWERBSPOLITIK – UMSETZUNG BESCHLOSSENEN RECHTS DURCH GEMEINSCHAFTSINSTITUTIONEN (1962–1966).....	412
1. VO Nr.17 im Einsatz – Praxistest einer intergouvernementalen Übereinkunft.....	412
a. Die neuen wettbewerbspolitischen Kompetenzen der Kommission .....	412
b. Vergrößerung der Direktion A ‚Kartelle und Monopole‘ .....	414
c. Die Bekanntmachung – eine Lösung für das sich abzeichnende Massenproblem .....	415
d. Das unerwartete Ausmaß der Absprachen im Gemeinsamen Markt .....	416
2. Die Lösung des ‚Massenproblems‘ – drei Wege.....	418
a. Personalaufstockung als eine erste Möglichkeit .....	418
b. Ein Europäisches Kartellamt als organisatorische Lösung?.....	420
c. ‚Befreiung‘ durch Gruppenfreistellung.....	423
3. Entscheidungen der Kommission als Signal funktionierender Kartellaufsicht .....	428
4. Die Bestätigung der europäischen Wettbewerbsordnung – die Urteile des EuGH von 1966 .....	433
5. Der ‚take-off‘ der europäischen Wettbewerbspolitik .....	438
H. FAZIT.....	440
QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS .....	454